

Für manche Branchen wird es eng

Klimapolitik. Ehrgeizige Emissionsreduktionen, mehr erneuerbare Energien, das Aus für den Atomstrom – die deutsche und europäische Klimapolitik stellt die Industrie vor große Herausforderungen. Welche Branchen davon eher profitieren und welche in Bedrängnis geraten, zeigt der Chancen-Risiko-Index des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln.*)

Ohne die Vorleistungen der energieintensiven Branchen könnten bestimmte Wirtschaftszweige gar nicht existieren. Die Autobauer zum Beispiel hätten es ohne Stahl schwer – Gleiches gilt für alle anderen Branchen, die vom Auto leben.

Wer Klimapolitik betreibt, muss solche Zusammenhänge im Hinterkopf haben. Denn werden Emissionszertifikate und Strompreise für

die Unternehmen in Deutschland zu teuer, wandern jene im schlimmsten Fall ins Ausland ab und ziehen andere Branchen mit.

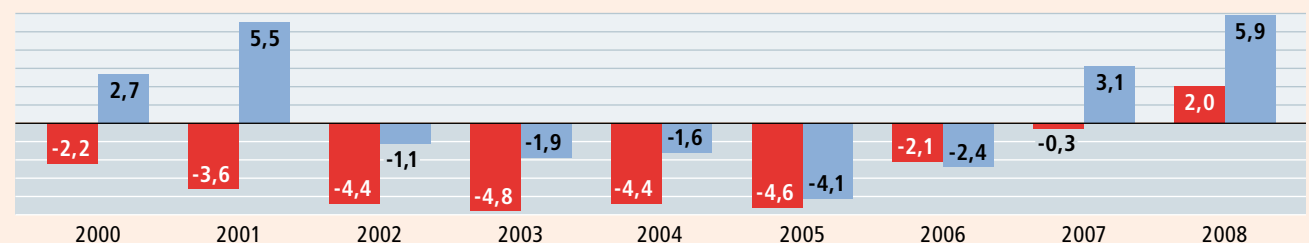
Die Bundesrepublik fährt schon länger einen strengen Klimakurs: Die Emissionen sollen stärker sinken als im europäischen Schnitt und die erneuerbaren Energien sollen nach dem Atomausstieg eine große Rolle in der Stromversorgung spielen.

Für die Industrie sind solche grundlegende Veränderungen nur zu schaffen, wenn sie vorsorgt, sprich investiert – etwa in neue Maschinen und Infrastrukturen. Das wiederum bindet Unternehmen an den Standort. Schließlich ist es günstiger, eine Anlage zu modernisieren, als woanders eine neue aufzubauen. Doch einigen Wirtschaftszweigen fällt es schon heute schwer, in Deutschland zu investieren (Grafik):

Vor allem energieintensive Branchen haben in den vergangenen Jahren meist weniger investiert, als zum Erhalt ihres Kapitalstocks notwendig gewesen wäre. →

Investitionen: Energieintensive Branchen bauen ab

Nettoanlageinvestitionen in Milliarden Euro ■ energieintensive Branchen ■ nicht energieintensive Branchen



Negative Werte: Es wurde weniger investiert, als zum Erhalt des Kapitalstocks nötig gewesen wäre; Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwd 30

Inhalt

Tourismus: Im Jahr 2010 knackte die Reiseindustrie viele Rekorde. Durch politische Unruhen und Naturkatastrophen setzt sich der Trend 2011 allerdings nicht überall fort.
Seite 3

Agrarpreise: Nahrungsmittel werden immer teurer. Um weitere Hungersnöte zu verhindern, ist eine ökologische Landwirtschaft erforderlich, die hilft, Ressourcen zu sparen.
Seite 4-5

Hauptschule: Die Schulform verliert ihre politische Rückendeckung – und das, obwohl einige Unternehmen ganz gezielt Hauptschüler rekrutieren.
Seite 6-7

Kirchensteuer: Die Finanzkrise zog die Kirchenbilanzen ins Minus. Dank des Aufschwungs sind in den kommenden Jahren Rekordeinnahmen zu erwarten.
Seite 8

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln



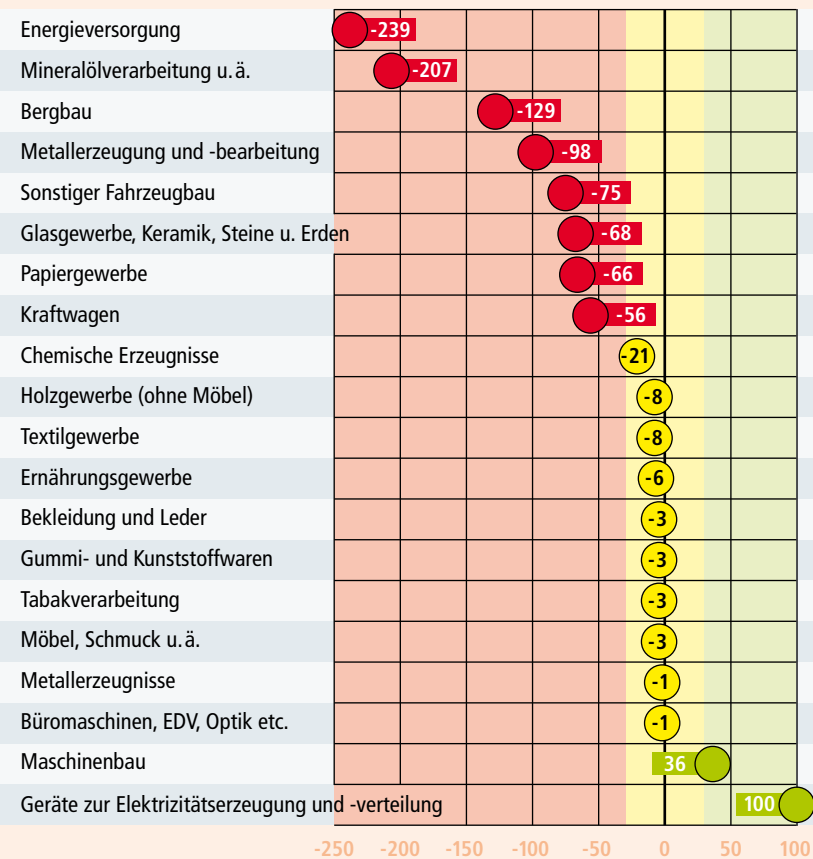
Klimawandel: Chance und Risiko zugleich

Der Chancen-Risiko-Index zum Klimawandel zeigt, welche Branchen durch den Klimawandel eher Chancen haben (weil sie z. B. Klimaschutzrelevante Technik herstellen) und welche Sektoren eher Nachteile erleiden könnten (weil sie z. B. energieintensiv produzieren).

überwiegend risikoreich:
unter -30

neutraler Bereich:
zwischen 30 und -30

überwiegend Chancen:
ab 30



Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 30

gieversorgung, Mineralölverarbeitung und der Bergbau. Sie werden durch die aktuelle Klimapolitik eher unter Druck geraten. Schuld daran sind hohe Emissionen, viele Regulierungen und eine geringe Innovationsfähigkeit.

Auch weitere energieintensive Industrien wie die Metallherzeugung und -verarbeitung, das Papiergewerbe sowie der Fahrzeugbau befinden sich auf der Risikoseite. Für die Automobilindustrie etwa liegt das vor allem an ihren Produkten – sie stoßen eine Menge Treibhausgase aus und unterliegen einer erheblichen Regulierung. Doch die Lage ist bei weitem nicht aussichtslos: Die Automobilindustrie ist innovativ und investitionsstark; erfolgreiche neue Ideen könnten den Sektor auf die Chancenseite hieven.

*) Vgl. Hubertus Bardt: Klima- und Strukturwandel – Chancen und Risiken der deutschen Industrie, IW-Analysen Nr. 69, Köln 2011, 56 Seiten, 16,90 Euro. Bestellung über Fax: 0221 4981-445 oder unter: www.iwmedien.de

Der Chancen-Risiko-Index

Um zu bewerten, ob eine Branche aufgrund der Klimapolitik eher Chancen hat oder mit Risiken kalkulieren muss, werden zuerst Energieverbrauch und Emissionen mit Werten zwischen 0 und 100 bewertet. Hinzu kommen staatliche Maßnahmen (Regulierung und Förderung) sowie Veränderungen der Nachfrage aufgrund spezifischer Produkteigenschaften. Hier variieren die Noten zwischen minus 100 (sehr schlecht) und plus 100 (sehr gut). All diese Indikatoren werden dann noch einmal verknüpft: Der Außenhandel spielt hier genauso hinein wie Innovationen und Investitionen. Ein unterm Strich positiver Wert zeigt jene Branchen, die von der Klimapolitik profitieren können. Ein negativer Wert weist auf relativ viele Risiken hin.

→ Und genau das könnte zum Problem werden, denn die Anlagen genügen nicht den Anforderungen einer strengeren Klimapolitik.

Für welche Industriebranchen die Klimapolitik mit Risiken verbunden ist und welche tendenziell profitieren, hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln in einem Index zusammengefasst (Grafik und Kasten).

Am optimistischsten in die Zukunft schauen können demnach Anbieter von Geräten zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung. Die Nachfrage ist groß, denn der Staat fördert den Ausbau erneuerbarer Energien, und die Stromnetze müssen erweitert werden. Die Hersteller

selbst haben in der Regel einen niedrigen Energieverbrauch, die Produktion verursacht wenig Emissionen. Zudem ist die Branche exportorientiert und innovationsstark.

Auch für den Maschinenbau sieht es gut aus. Schließlich stehen gerade seine Produkte für Energieeffizienz. Doch mit einer staatlichen Förderung kann der Maschinenbau nicht rechnen. Stattdessen ist es möglich, dass klimaschutzbezogene Regulierungen den Handlungsspielraum der Unternehmen eingrenzen. Nichtsdestotrotz wird im Maschinenbau weiterhin kräftig investiert.

Am anderen Ende der Skala stehen die Unternehmen aus der Ener-

Die Reisewelle rollt wieder

Tourismus. Schneller als viele andere Branchen hat sich die Tourismusindustrie von den Folgen der Wirtschaftskrise erholt. Bis auf Europa meldeten alle Regionen der Welt 2010 neue Rekorde bei den Reisezahlen. Der Trend hält 2011 an – allerdings nicht überall.

Mit der Stimmung an den Finanzmärkten trübte sich 2009 auch der Himmel für den Tourismus ein: Die Zahl der Reisenden ging binnen Jahresfrist um 35 Millionen auf 882 Millionen zurück. Am stärksten litten europäische Ferienzele (Grafik):

Im Jahr 2009 waren rund 23 Millionen Reisende weniger in Europa unterwegs als 2008 – ein Rückgang um knapp 5 Prozent.

Diesen Verlust konnte Europa 2010 wegen der Eurokrise und dem

Vulkanausbruch auf Island nicht komplett wettmachen.

Dagegen erholten sich Asien und der Nahe Osten mit einem Plus von knapp 13 Prozent beziehungsweise 14 Prozent ebenso schnell wie kräftig. Beide Regionen hatte die Wirtschaftskrise 2009 zudem weniger hart getroffen.

Zwar konnte Afrika trotz der Fußball-WM in Südafrika mit diesen Wachstumsraten nicht mithalten. Und doch ist der schwarze Kontinent die einzige Region, deren Touristenzahlen seit Anfang des Jahrtausends stetig zulegen.

In diesem Jahr wird die Reisewelle wohl ungebrochen weiterrollen:

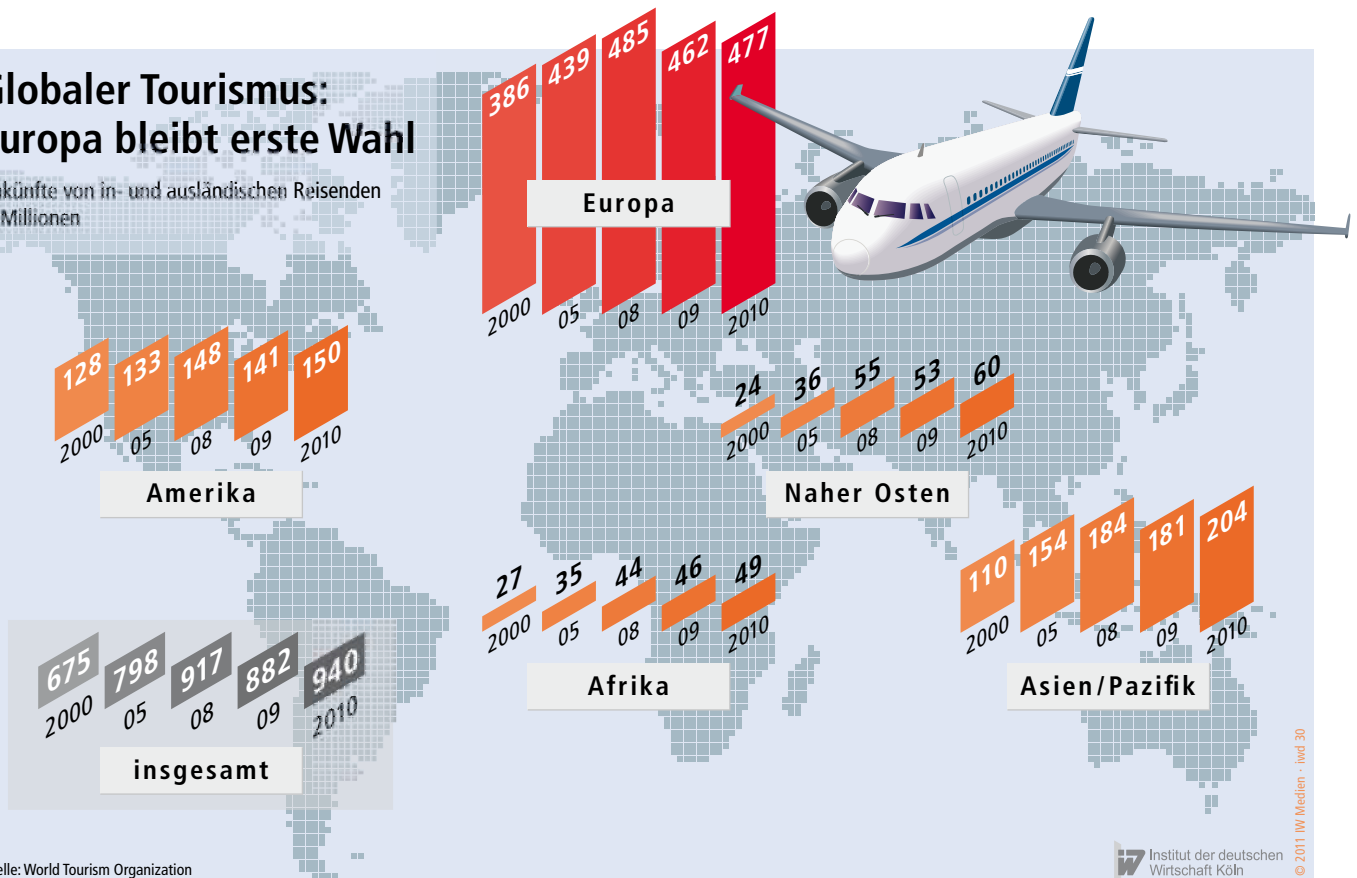
In den ersten vier Monaten 2011 waren 4,5 Prozent mehr Menschen unterwegs als im Vorjahreszeitraum.

Von Januar bis April 2011 konnte Europa die höchsten Zuwächse gegenüber dem Vorjahreszeitraum verbuchen. Auch in Amerika, vor allem auf dem südlichen Kontinent, kam das Reisegeschäft in Fahrt. Asiens Tourismuswirtschaft wuchs mit Blick auf das globale Geschäft hingegen nur moderat und blieb deutlich hinter dem mittelfristigen Trend zurück. Schuld daran hatten das Erdbeben und der Tsunami in Japan.

Deutlich weniger Ansichtskarten als im Vorjahreszeitraum kamen in den ersten Monaten 2011 aus Nordafrika – minus 11 Prozent – und aus dem Nahen Osten – minus 7 Prozent. Das Reisegeschäft in beiden Regionen leidet unter den noch immer andauernden politischen Umwälzungen.

Globaler Tourismus: Europa bleibt erste Wahl

Ankünfte von in- und ausländischen Reisenden in Millionen



Quelle: World Tourism Organization

iw Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 30

Die Lebensmittelmisere

Agrarpreise. Die Preise für Nahrungsmittel sind so hoch wie noch nie. Die Verteuerung trifft in erster Linie die Ärmsten der Armen in den Entwicklungsländern. Die Hungersnot in Ostafrika zeigt, wie dramatisch die Lage ist.

Hunger tötet. Aktuell in Somalia, wo nach Schätzungen der Vereinten Nationen mindestens zehn Millionen Männer, Frauen und Kinder Nahrungshilfe benötigen. Die Organisation stuft die Lage am Horn von Afrika mittlerweile als so furchtbar ein, dass sie in der vergangenen Woche offiziell eine Hungersnot ausgerufen hat – das passiert nur, wenn in einer Region mehr als 30 Prozent der Kinder unterernährt sind und täglich mindestens zwei von 10.000 Menschen an Hunger sterben.

Die Not in Somalia hat zwei Gründe. Zuerst wurde das Land von einem Bürgerkrieg zerrüttet, dann erlebte es die schlimmste Dürre seit 60 Jahren. Und die Menschen am Horn von Afrika sind nicht allein (Grafik nächste Seite):

Weltweit leiden mehr als 900 Millionen Menschen an Unterernährung.

Die Lebensmittelmisere ist nicht nur nationalen Katastrophen geschuldet, sondern hat auch interna-

tionale Gründe. Denn Agrarrohstoffe werden weltweit gehandelt und Grundnahrungsmittel sind derzeit überall teuer wie nie (Grafik):

Der Lebensmittelpreisindex der Welternährungsorganisation (FAO), der die globale Preisentwicklung für Fleisch, Milchprodukte, Getreide, Öl und Zucker abbildet, stieg seit dem Jahr 2000 um fast 160 Prozent.

Damit sind die Preise für Nahrungsmittel sogar höher als im Sommer 2008. Der seinerzeitige Höchststand alarmierte viele Menschen – schließlich waren die Preise für Lebensmittel lange Zeit sehr niedrig, zwischen 1990 und 2000 sanken sie sogar um knapp 15 Prozent.

Doch die Zeiten billigen Brots und günstigen Fleisches dürften endgültig vorbei sein: Künftig werden die Nahrungsmittelpreise wohl dauerhaft steigen, wie eine gemeinsame Studie von FAO und OECD zeigt:

Die Experten rechnen damit, dass die Lebensmittelpreise in diesem

Jahrzehnt im Durchschnitt um real 20 Prozent höher ausfallen werden als im vergangenen.

Dass die Preise für Grundnahrungsmittel weltweit steigen, hat mehrere Ursachen:

- **Wachsende Weltbevölkerung.** Derzeit leben knapp sieben Milliarden Menschen auf der Erde. Bis 2050 wird die Bevölkerung voraussichtlich auf rund neun Milliarden Menschen anwachsen, Nahrung wird damit knapper – und teurer.

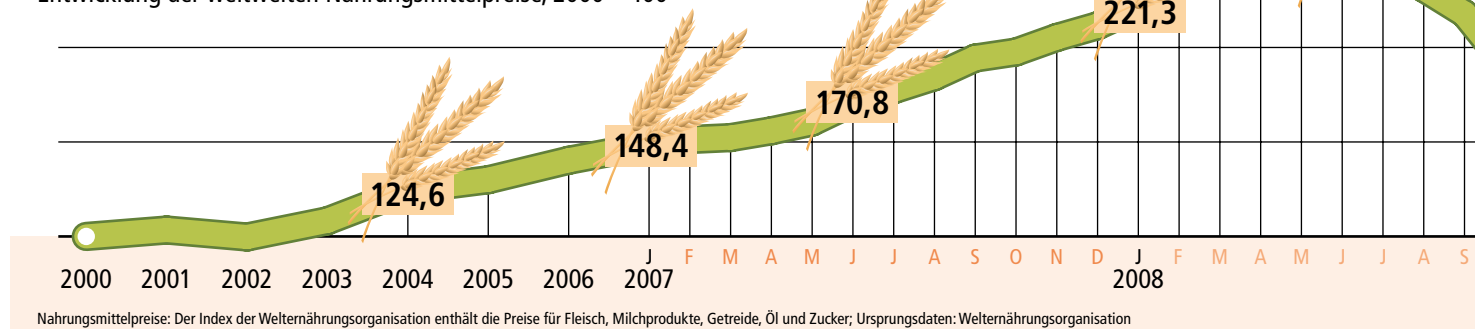
- **Neue Ernährungsgewohnheiten.** In den schnell wachsenden Schwellenländern führt der steigende Wohlstand dazu, dass sich immer mehr Menschen Fleisch- und Milchprodukte leisten können. Dafür ist allerdings auch deutlich mehr Getreide für die Ernährung des Viehbestands nötig.

- **Wachsende Produktion von Biokraftstoffen.** Zwar werden laut Weltbank derzeit nur 1,3 Prozent der Getreideanbauflächen für Biotreibstoffe genutzt, doch der Anteil steigt:

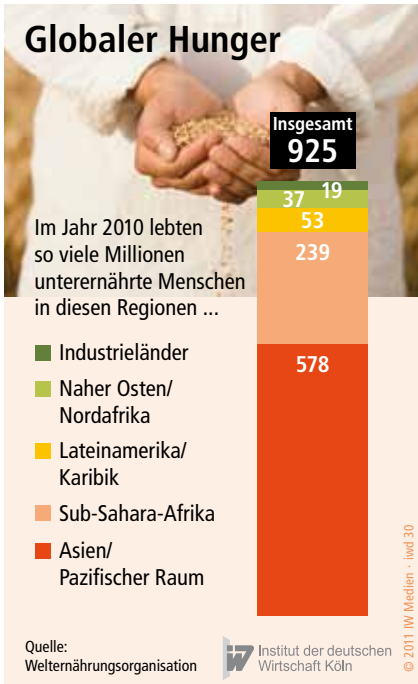
FAO und OECD schätzen, dass bis ins Jahr 2020 rund ein Fünftel des Rohgetreides, das weltweit zusätzlich

Lebensmittelpreise: Stark gestiegen

Entwicklung der weltweiten Nahrungsmittelpreise, 2000 = 100



Globaler Hunger



Mit Zitronen gehandelt

Schweinehälften exportieren, Zitrusfrüchte importieren? So einfach ist das nicht. Denn der Agrarhandel ist so stark von Protektionismus geprägt wie keine andere Branche. Allein in der EU wurde 2009 ein Agrarzoll von durchschnittlich 13,5 Prozent erhoben, der Zoll für Industriegüter betrug nur rund 4 Prozent.



Viele Länder unterstützen ihre Agrarwirtschaft außerdem mit Subventionen. Der Protektionismus hat freilich einen hohen Preis: In vielen Ländern kosten Grundnahrungsmittel mehr als auf dem Weltmarkt. Die OECD-Bürger beispielsweise müssen im Schnitt 13 Prozent mehr für ihre Lebensmittel bezahlen, als diese auf

dem Weltmarkt kosten. Besonders teuer kam dies zuletzt die Norweger (plus 120 Prozent) und die Südkoreaner (plus 98 Prozent) zu stehen.

Und in den Entwicklungsländern haben manche Bauern kaum Absatzchancen – nämlich dann, wenn importierte Lebensmittel billiger sind als heimische. In jüngerer Zeit haben zudem Exportbeschränkungen die Versorgungslage auf dem Weltmarkt verschlechtert. Länder mit nennenswerten Agrarexporten versuchen so die heimische Lebensmittelverfügbarkeit zu sichern – freilich auf Kosten der Entwicklungsländer, die besonders unter den dadurch steigenden Preisen leiden.

angebaut wird, in die Ethanol-Herstellung wandert.

Bei Zuckerrohr gehen die Experten sogar davon aus, dass rund zwei Drittel des Produktionszuwachses für Biodiesel abgezweigt werden.

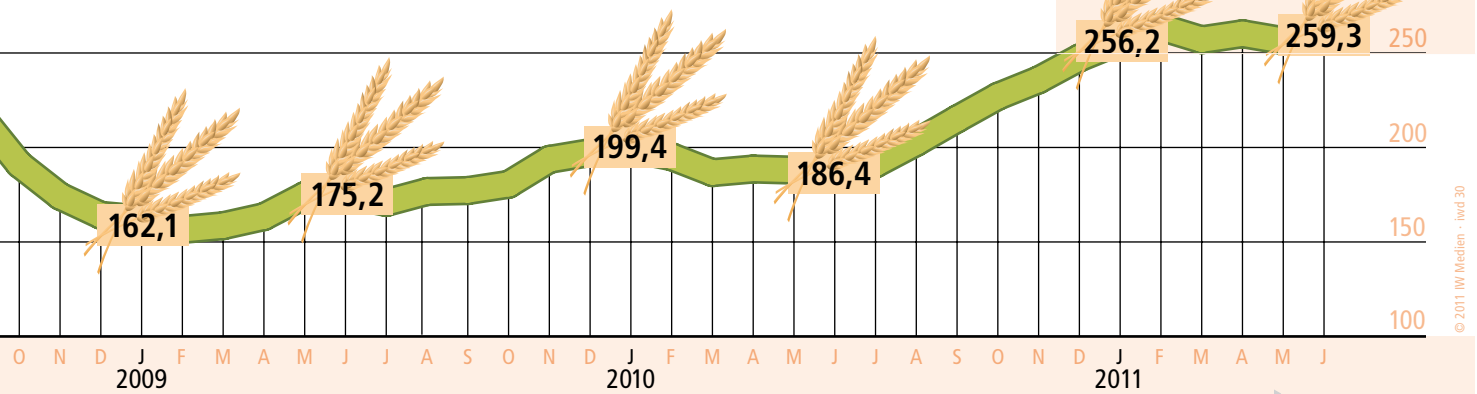
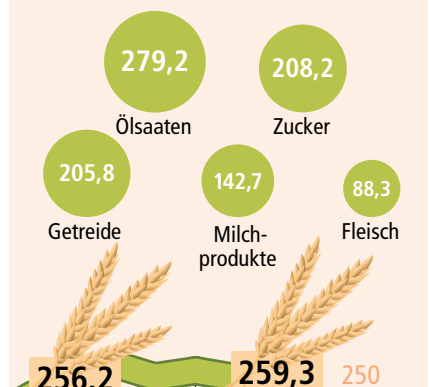
- **Schleppende Lebensmittelproduktion.** Mit steigender Flächennutzung wird es immer schwieriger, neue Ackerflächen zu finden. Außerdem gibt es kaum noch Ertragszuwächse pro Hektar.
- **Klimawandel.** Weil es mehr Wetterextreme gibt, nehmen Ernteschäden zu und der Klimawandel vernichtet Anbauflächen.

- **Höhere Energiekosten.** Wenn ein Bauer seinen Traktor mit teurerem Diesel betanken muss, legt er diese Mehrkosten auf seine Erzeugnisse um. Zudem erhöhen steigende Energiepreise den Anreiz, Biokraftstoffe statt Nahrung zu produzieren.

Wie sich diese Probleme lösen lassen, hat der Welt-Agrarrat der Weltbank bereits vor drei Jahren gesagt. Er plädierte für einen Systemwechsel hin zu einer ökologischeren Landwirtschaft. Doch dazu ist auch die Einbindung der rund 500 Millionen Kleinbauern unumgänglich. Sie müssen stärker unterstützt werden,

damit sie lernen, wie sie ihre Ernterträge steigern können. Dafür brauchen sie Beratung, Kredite und Versicherungen sowie Investitionen in die ländliche Infrastruktur.

Um so viel Prozent verteuerten sich diese Lebensmittel weltweit zwischen 2000 und Juni 2011



Quo vadis, Hauptschüler?

Hauptschule. Die Hauptschule ist in vielen Bundesländern zu einer Art „Restschule“ geworden. Auch die CDU will sie nun abschaffen. Doch die Schüler bleiben künftig die gleichen und brauchen weiterhin Unterstützung. Sonst verschenkt Deutschland ein wertvolles Fachkräftepotenzial für die Wirtschaft.

Grundschule, Hauptschule, Realschule, Mittelschule, Regelschule, Gymnasium, Gesamtschule – die Schule nimmt in Deutschland viele Formen an.

Auf ihrem Bundesparteitag im November könnte sich die CDU deshalb für ein Zwei-Wege-Modell entscheiden: Haupt- und Realschule sollen in der Oberschule vereint werden, das Gymnasium soll bleiben.

Die Partei will damit der vermeintlichen Realität Rechnung tragen, denn die klassische Hauptschule hat nur noch in fünf Bundesländern Bestand. Alle anderen stellen entweder auf alternative oder bereits zusammengefasste Schulformen um (Kasten). Doch auch dort, wo es dem Namen nach gar keine Hauptschule gibt, beenden viele junge Leute ihre Schulzeit mit einem Hauptschulabschluss (Grafik Seite 7):

In Sachsen-Anhalt zum Beispiel hatten 2009 rund 13 Prozent aller Schulabgänger einen Hauptschulabschluss.

Generell liegen die ostdeutschen Bundesländer mit Anteilen von 8,5 bis 15,1 Prozent allerdings deutlich hinter den westdeutschen Bundesländern. Die meisten Hauptschulabgänger hatte Bayern: Hier verließen 2009 mehr als 26 Prozent aller Jugendlichen die Schule mit einem entsprechenden Abschluss. Aber auch im Westen bröckelt die Begeisterung für diese Schulform zusehends: Allein im vergangenen Jahr sank die Zahl der Hauptschüler um mehr als 9 Prozent.

In den fünf Ländern mit klassischer Hauptschule hat der Abschluss zwar seinen Stellenwert; generell aber malt die Öffentlichkeit von Hauptschülern häufig ein nega-

tives Bild: Sie gelten als Schulversager, verhaltensauffällig, demotiviert und ohne Chance auf einen Ausbildungsplatz.

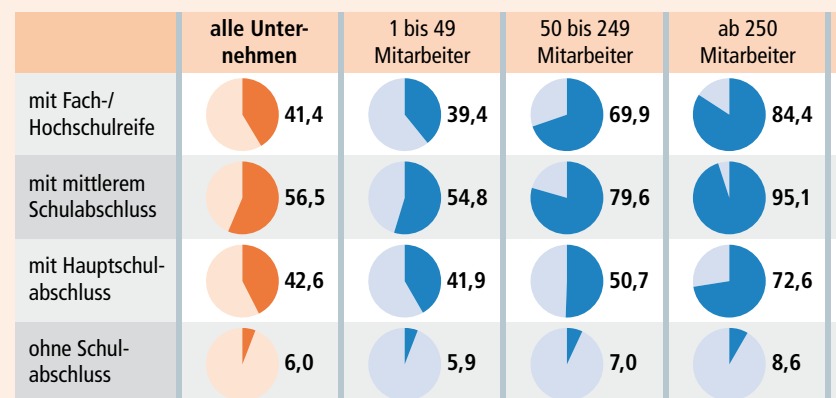
Die Wirklichkeit sieht meist anders aus. Zwar haben viele Hauptschüler tatsächlich Schwierigkeiten beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf. Dennoch gehen die meisten ihren Weg, auch wenn sie dabei mehr Unterstützung benötigen als andere. So schafft rund jeder zweite Hauptschulabsolvent mit Ausbildungswunsch den Start in eine anerkannte Berufsausbildung. Viele Hauptschüler landen allerdings erst einmal im sogenannten Übergangssystem und absolvieren eine berufsvorbereitende Maßnahme.

Die häufig schulmüden Jugendlichen fühlen sich in der praktischen Welt meist wohler als auf der Schulbank. Viele Unternehmen setzen deshalb gezielt auf Hauptschulabsolventen. Das bestätigt auch der Qualifizierungsmonitor 2011, eine repräsentative Unternehmensbefragung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) und der IW Consult: Immerhin zwei von zehn der ausbildenden Unternehmen der Baubranche geben an, ausschließlich Azubis mit Hauptschulabschluss zu rekrutieren; im Einzelhandel und im Gastgewerbe sieht es ähnlich aus. Viele Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes geben Hauptschülern ebenfalls eine Chance:

In der Metall- und Elektrobranche beschäftigen über 70 Prozent und im übrigen Verarbeitenden Gewerbe knapp 55 Prozent der ausbildenden Unternehmen Azubis mit Hauptschulabschluss.

Unternehmen: Hauptschüler sind willkommen

So viele Unternehmen beschäftigen Auszubildende mit diesen Schulabschlüssen, in Prozent



Befragung von 954 Unternehmen, April/Mai 2011
Quelle: IW-Qualifizierungsmonitor 2011

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · iwd 30

Das Schul-Potpourri

In der Sekundarstufe I bauen die allgemeinbildenden Schulen auf der Grundschule auf. In Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein sind das die Haupt-, Real- und Gesamtschulen sowie das Gymnasium. Die ostdeutschen Bundesländer dagegen haben die Hauptschule nie eingeführt. Stattdessen gibt es dort folgende Schulen:

- Brandenburg: Oberschule
- Mecklenburg-Vorpommern: Regionale Schule
- Sachsen: Mittelschule
- Sachsen-Anhalt: Sekundarschule
- Thüringen: Regelschule

Alle anderen Bundesländer vereinen die Real- und die Hauptschule in unterschiedlichen Formen:

- Berlin: Integrierte Sekundarschule
- Bremen: Sekundarstufe
- Hamburg: Integrierte Haupt- und Realschule
- Hessen: Mittelstufenschule
- Rheinland-Pfalz: Regionale Schule
- Saarland: Erweiterte Realschule

An all diesen Schulen kann der Hauptschulabschluss oder ein mittlerer Abschluss erworben werden.

Im Schnitt stellen knapp 43 Prozent aller Unternehmen Hauptschulabsolventen ein (Grafik Seite 6). Diese bilden damit ein wichtiges Fachkräftereservoir.

Allerdings ist die Ausbildung von Hauptschülern für die Unternehmen oft mit höherem Aufwand und mehr Kosten verbunden. So brechen Hauptschüler deutlich häufiger die Ausbildung ab als andere: Sie stellen etwa 33 Prozent der Ausbildungsfänger, aber fast 45 Prozent der Abbrecher. Zudem haben sie öfter Schwierigkeiten mit dem Lesen, Schreiben und Rechnen.

Um diesen Problemen zu begegnen, bietet fast jedes fünfte ausbildende Unternehmen Nachhilfe oder

Auch ohne Hauptschule viele Hauptschulabsolventen

	Schüler im Schuljahr 2010/2011	davon: Hauptschüler	Abgänger 2009 insgesamt	davon: mit Hauptschulabschluss	Anteil der Abgänger mit Hauptschulabschluss 2009
Schleswig-Holstein	172.660	16.022	31.980	8.962	28,0
Baden-Württemberg	623.980	151.776	125.239	34.617	27,6
Bayern	728.390	220.009	138.339	36.356	26,3
Saarland	50.758	265	13.283	3.026	22,8
Rheinland-Pfalz	240.300	9.403	45.768	10.250	22,4
Hessen	332.146	26.291	67.573	13.846	20,5
Berlin	154.351	8.110	31.357	6.008	19,2
Nordrhein-Westfalen	1.039.362	188.382	219.075	41.709	19,0
Bremen	32.392	58	7.740	1.445	18,7
Hamburg	80.910	1.976	15.360	2.716	17,7
Niedersachsen	474.116	81.286	85.886	15.028	17,5
Brandenburg	100.894		23.396	3.539	15,1
Sachsen-Anhalt	81.590		18.505	2.422	13,1
Thüringen	82.022		17.758	2.193	12,3
Mecklenburg-Vorpommern	58.745		13.009	1.366	10,5
Sachsen	145.189		30.967	2.643	8,5
Deutschland	4.397.805	703.578	885.235	186.126	21,0

Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland: hier laufen die Hauptschulen aus, die letzten Schüler sind in den oberen Jahrgangsstufen; Hauptschulabschluss: ohne Externe; Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt, Kultusministerkonferenz

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iw-d-30

Stützunterricht während der Ausbildung sowie berufsvorbereitende Praktika an.

Grundsätzlich bevorzugen Unternehmen leistungsstarken Nachwuchs. Weil der aber knapp ist, sind inzwischen drei von vier Unternehmen bereit, bei den Fähigkeiten und Kenntnissen der Bewerber Abstriche in Kauf zu nehmen. Und immerhin knapp zwei von drei Unternehmen sind schon mal großzügig, wenn es bei Motivation und Engagement der Bewerber hapert.

Für Hauptschüler wird oft schon der Einstieg in die Ausbildung zum Problem. Zahlreiche Großunternehmen und Verbände der Metall- und Elektro-Industrie und der Chemie haben deshalb Einsteigerprogramme entwickelt, in denen die Auszubildenden fit gemacht werden. Laut

Qualifizierungsmonitor gibt es solche Programme mittlerweile in mehr als jedem vierten ausbildenden Unternehmen. Und auch für leistungsschwache Kandidaten, die noch keinen Ausbildungsplatz haben, hat die Wirtschaft spezielle Angebote:

In zwei von drei ausbildenden Unternehmen haben Jugendliche die Möglichkeit, ein berufsvorbereitendes Praktikum zu machen.

Die Chancen auf einen Einstieg in die betriebliche Ausbildung sind für Hauptschüler umso höher, je umfassender ihre Ausbildungsreife ist und je besser sie sich beruflich orientieren können. Viele Hauptschulen legen deshalb heute besonderen Wert auf die Förderung von Basiskompetenzen und einen möglichst großen Praxisbezug des Unterrichts.

Kurzer Geldsegen

Kirchensteuer. Wenn Papst Benedikt XVI. am 22. September zu seiner Stippvisite nach Deutschland aufbricht und die Bistümer Berlin, Erfurt und Freiburg besucht, kommt sicher auch das wenig erfreuliche Thema Kirchenfinanzen auf die Tagesordnung.

Die Finanzkrise und der herbe Konjunkturunbruch haben tiefe Spuren in den Kassen der Kirchen hinterlassen. Noch 2008 nahmen die beiden großen christlichen Religionsgemeinschaften 9,8 Milliarden Euro an Kirchensteuern ein – so viel wie nie zuvor. 2009 mussten die Protestanten und Katholiken dagegen mit 400 Millionen Euro weniger auskommen. Für die einzelnen katholischen Bistümer zeigt sich, dass das Steueraufkommen auch im Jahr 2010 in die Katakomben gegangen ist (Grafik):

Im vergangenen Jahr schrumpften die Kirchensteuern um 109 Millionen Euro beziehungsweise 2,3 Prozent.

Mitverantwortlich dafür war zweifellos die Austrittswelle nach den öffentlich gewordenen Missbrauchsfällen. Immerhin verließen 2010 rund 180.000 Gläubige die katholische Kirche – 40 Prozent mehr als im Jahr davor.

Einziger Lichtblick bei dieser Entwicklung: Weniger Kirchenmitglieder führen auch zu weniger Personalausgaben in den Haushalten der Bistümer, sodass damit auch der Finanzbedarf zurückgeht.

Die größten Einbrüche bei den Kirchensteuern verbuchten die drei Bistümer Trier, Mainz und Speyer mit jeweils mehr als 14 Prozent. Nur 11 der 28 Diözesen steigerten ihr Aufkommen.

Mittelfristig können allerdings alle Diözesen auf einen Geldsegen hoffen: Weil die Kirchensteuer an die Einkommenssteuer angedockt ist, werden die laut amtlicher Steuerschätzung für 2011 bis 2015 prognostizierten hohen Zuwächse von 30 Prozent bei der Lohn- und Einkommenssteuer den Bischöfen frisches Geld in die Kassen spülen.

Im Idealfall könnte das Kirchensteueraufkommen in diesem Jahr um knapp 2 Prozent zulegen und 2012 erstmals die Grenze von 5 Milliarden Euro überschreiten.

Langfristig aber kommt auch die katholische Kirche nicht ums Sparen

Kirchensteuer: Viele Verlierer, wenig Gewinner



Steuereinnahmen der katholischen Kirche in den Bistümern mit den höchsten Einnahmen in Millionen Euro 2010

■ Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

Köln	480,6	-10,1
München/Freising	455,5	-4,3
Rottenburg-Stuttgart	412,7	7,2
Freiburg	385,6	2,9
Münster (NRW)	316,8	-2,2
Paderborn	315,9	1,1
Augsburg	249,9	-4,8
Trier	224,7	-14,7
Regensburg	204,9	-1,2
Aachen	190,2	-9,8
alle 28 Bistümer in Deutschland	4.794,0	-2,3

Ursprungsdaten: Bischöfliches Generalvikariat, Münster

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwD 30

herum. Der demografische Trend und die Kirchenmüdigkeit dürften viele Gläubige und damit Kirchensteuereinnahmen kosten. Schon in der Vergangenheit bekam der Klerus das zu spüren. So hat die katholische Kirche zwischen 1991 und 2008 in Deutschland 3,1 Millionen Schäfchen verloren – je Mitglied und Jahr, so eine Faustformel, fehlen damit durchschnittlich 150 Euro.



ausführliche Grafik unter:
www.iwkoeln.de/Kirchensteuer

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Bercker Graphischer Betrieb
GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwD wird einmal monatlich
(außer Januar und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektro-
nische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.